



**Europaforum der KölnSPD**  
**Wirtschaftsforum der KölnSPD**

**Diskussionsbeitrag des Europa- und Wirtschaftsforum der KölnSPD**  
**" Mehr Europa wagen" - Europa wichtiger denn je**

Köln, im April 2020

An

die Parteivorsitzenden der SPD, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans,  
den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich  
den Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz,  
die weiteren sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Corona-Krise erschüttert unser Land, Europa und die ganze Welt. Zum ersten Mal seit Ende des 2. Weltkrieges sehen sich die freien Gesellschaften überall auf der Welt gezwungen, drastische Einschnitte in das öffentliche Leben und die individuellen Grundrechte einer und eines jeden vorzunehmen, um Leben zu schützen. Jede Bürgerin, jeder Bürger, aber auch unsere Volkswirtschaft insgesamt sowie unsere Sozialsysteme stehen vor enormen Herausforderungen. Unter Mitwirkung ihrer sozialdemokratischen Mitglieder hat die Bundesregierung für Deutschland umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht, welche die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abmildern sollen. Die Ausweitung der Kurzarbeit, unbürokratische Kredite und Zuschüsse für kleine Unternehmen und Selbstständige, die Stärkung von Mieterrechten und die Stabilisierungshilfen für große Unternehmen sind wichtige Meilensteine zur Bewältigung dieser Krise. Wir danken Euch und sind stolz, dass Ihr mit solcher Leidenschaft für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Existenzen kämpft.

Gleichwohl treibt uns die Sorge um – **die Sorge um unser Europa**. Wir wissen, dass es vereinzelte Akte europäischer Solidarität gibt. So werden etwa einige italienische und französische Intensivpatienten in Deutschland behandelt und die französisch-deutschen Grenzregionen unterstützen sich gegenseitig mit medizinischem Material. Auch die anfangs fehlende Abstimmung gesundheitsschützender Maßnahmen scheint immerhin langsam in Gang zu kommen – was zur Überwindung der Pandemie dringend erforderlich ist. Denn so wenig wie das Virus an Grenzen Halt macht, so wenig helfen nationale Alleingänge bei seiner Bekämpfung. Die Corona-Pandemie hat sich zu einer globalen, und somit auch zu einer europäischen Herausforderung entwickelt. Zu ihrer Überwindung bedarf eines koordinierten, europäischen Kraftaktes.

Dies gilt auch und insbesondere für die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa. Hier jedoch haben sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten bisher völlig in ihr nationales Schneckenhaus zurückgezogen, anstatt eine europäische Lösung der Krise zu forcieren. Das kann nicht funktionieren. Und es gefährdet den Zusammenhalt in Europa!

**Mit diesem offenen Brief möchten wir für die SPD Position beziehen. Denn es liegt an den progressiven Kräften des Kontinents, die Spaltung der Europäischen Union zu überwinden, Einheit in Vielfalt zu verwirklichen und die Gemeinschaft weiterzuentwickeln. Es ist unsere Aufgabe als europäische Sozialdemokratie, Solidarität einzufordern, in der Krise (I.) und beim gemeinsamen Wiederaufbau danach (II.).**

### **I. Solidarität in der Krise: Gemeinsam sind wir stärker**

Eine Gemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, nicht nur in guten Zeiten voneinander zu profitieren, sondern auch in schlechten Zeiten zusammenzustehen. Die Europäische Union ist eine Schicksalsgemeinschaft, deren Mitglieder sich sowohl im Aufschwung als auch in der Krise gegenseitig unterstützen müssen. Wer sich wirtschaftlich so eng untereinander vernetzt, Wertschöpfungsketten zum Vorteil vieler miteinander verknüpft und somit auch direkt wirtschaftlich voneinander abhängt, der kann und darf nicht zulassen, dass dieses Netz in stürmischen Zeiten auseinandergerissen wird – mit der Folge einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum. Wenn also Italien, Spanien und andere zurzeit in Schieflage geraten, dann erfordert dies als Reaktion einen Akt europäischer Solidarität.

Konkret fordern wir einen solidarischen **Mechanismus zur finanziellen Stützung angeschlagener Mitgliedsstaaten**. Auf alle Mitgliedsstaaten kommen hohe Krisenkosten zu, die aus der Stabilisierung des Gesundheitssystems, der wirtschaftlichen Strukturen und vielleicht schon bald des Finanzsystems erwachsen. Wir sehen bereits jetzt, dass die Renditen auf Staatsanleihen einiger Staaten steigen und die Finanzierung dieser Herausforderungen erschweren. Eine gemeinsame und entschlossene Reaktion der europäischen Familie würde ein deutliches Signal der Entspannung an die Märkte senden. Es gilt zu verhindern, dass aus der Corona-Krise eine neue Staatsschulden- und womöglich Eurokrise wird. Bisher hat nur die EZB diese Aufgabe als europäische Herausforderung angenommen und ein immenses Notprogramm aufgelegt. Mit dem massenhaften Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen erleichtert sie die Refinanzierung z.B. Italiens. Dennoch ist es der Geldpolitik weder erlaubt noch geboten, die Krisenbewältigung allein zu stemmen. Was es nun braucht, ist **eine echte, gemeinsame, demokratisch legitimierte Fiskalpolitik**.

### **ESM-Kredite unter Auflagen: Der falsche Weg!**

Was die Unterstützung von Ländern mit hohen Belastungen durch Corona angeht, scheint die Bundesregierung derzeit eine Gewährung von Kreditlinien durch den Krisenfonds ESM zu befürworten. **Unseres Erachtens ist der ESM ein Konstrukt aus einer anderen Zeit**. Er wurde errichtet, um einzelne Mitgliedsstaaten in Strukturkrisen bei strukturellen Reformen zu unterstützen. Seine Kredite, die er zu günstigen Konditionen an den Kapitalmärkten

aufnehmen kann, weil zur Besicherung die Gemeinschaft als Ganze eintritt, sind an Bedingungen geknüpft. Ferner profitiert der ESM als Kreditgeber in Form von Zinsaufschlägen an den ausgereichten Krediten. Der ESM ist also als Mittel zur haushalterischen Disziplinierung von Schuldnern und zur Durchsetzung von Sparprogrammen konzipiert. Selbst wenn die berüchtigte „Troika“ aus Europäischer Kommission, EZB und IWF im Rahmen des ESM aktuell nicht wiederbelebt würde, ist die Forderung des italienischen Ministerpräsidenten, völlig auf Kreditbedingungen zu verzichten, berechtigt. Denn die Corona-Krise ist keine Strukturkrise eines einzelnen europäischen Landes, sondern ein unvorhergesehenes Naturereignis, welches alle Länder betrifft. Mehr noch, die aktuellen Herausforderungen sind auch deshalb für einige Staaten so groß, weil diese nach der letzten Banken- und Finanzkrise genötigt wurden, Einsparungen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung vorzunehmen.

Folglich ist der ESM 2020 nicht nur der Form halber das falsche Mittel, um die Pandemie zu überstehen. Mit Hilfskrediten des ESM kann sogar ein verheerender Stigmatisierungseffekt einhergehen, der weiteres Misstrauen an den Finanzmärkten befördert und einen Wiederaufbau nach der Krise behindern könnte. Auch bei der italienischen Bevölkerung dürfte eine solche Politik als erneute Unterwerfung unter ein demütigendes Spardiktat wahrgenommen werden. Die innenpolitischen Konsequenzen kann man sich ausmalen: Matteo Salvini und andere Rechtsextreme hätten leichtes Spiel, die europäische Idee zu diskreditieren und die Europäische Union womöglich unwiederbringlich zu zerstören.

### **Wir brauchen gemeinschaftliche Krisenanleihen**

Wir fordern Euch deshalb auf, die Idee gemeinsamer europäischer Anleihen, sogenannter Euro-Bonds, oder – wenn man es nur auf die aktuelle Krise bezieht: „**Corona-Bonds**“ - nun aktiv zu unterstützen. Selten war die Fürsprache diese Idee in den Reihen der Staats- und Regierungschefs, und auch unter führenden Ökonomen unterschiedlicher Couleur, so groß. Solche „Corona-Bonds“ senken die Refinanzierungskosten, insbesondere von stark belasteten Ländern. Den Schuldendienst starker Länder, z.B. Deutschlands, würden sie allenfalls marginal verteuern. Auch wenn die Mitgliedsstaaten gemeinsam für die Haftung dieser Anleihen einstehen und so höhere finanzielle Risiken für die Stärkeren entstehen, halten diesen Preis für gerechtfertigt. Denn im bisherigen System profitiert Nordeuropa von der kritischen Lage im Süden. Die Sparpolitik und wirtschaftliche Unsicherheit hat Investoren veranlasst, verstärkt in deutsche Unternehmen zu investieren bzw. sich in sichere Anlagen wie deutsche (oder andere nordeuropäische) Staatsanleihen zu flüchten. Das hat die Schuldenlast der südeuropäischen Staaten verstärkt, Wachstumsimpulse in Krisenländern verhindert und die Zinsen der nördlichen Nachbarn bis zuletzt unter 0% gedrückt. Außerdem hat man mit den Programmen von EZB und ESM in gewissen Grenzen ohnehin eine Vergemeinschaftung von Schulden eingeführt – wenngleich mit fragwürdiger demokratischer Legitimationsgrundlage.

Eine gemeinsame europäische Anleihe würde wie schon in der Ölkrise 1974 ein deutliches **Signal des Zusammenstehens** aussenden. Solche Krisenanleihen bestärken nicht nur die politische Einheit des Kontinents, sondern schieben jeder Finanzwette auf das Scheitern Europas den Riegel vor. Außerdem schaffen Corona-Bonds sichere Anlagen für Banken und Investoren und verringern somit die Volatilität an den Finanzmärkten. Der ESM oder die

Europäische Investitionsbank (EIB) könnten solche langfristigen Anleihen emittieren. Dagegen kann der **ESM als Krisenfonds für Banken** verwendet werden, über den sich angeschlagene Banken direkt refinanzieren können. Dazu sind die Mittel des ESM aufzustocken, einige Ökonomen sprechen hier von ca. 200 Mrd. Euro. Auf diese Weise ist die Rekapitalisierung von Banken gesichert, ohne die ohnehin stark belasteten Staatshaushalte der betreffenden Mitgliedsländer über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

**Wir sind überzeugt: Wo alle gleichermaßen von einem Schock getroffen werden, sollte niemand auf Kosten der anderen profitieren. Es gilt, die Gräben zwischen Nord und Süd, die die EU seit einiger Zeit mitprägen, zu überbrücken, nicht zu vertiefen. Wenn die Kosten der aktuellen Krise nicht solidarisch verteilt werden, könnte dieses Ungleichgewicht für südeuropäische Volkswirtschaften untragbar werden und in der Folge auch die nordeuropäischen Volkswirtschaften massiv schrumpfen lassen. Der Wohlstand in ganz Europa und damit auch der politische Einigungsprozess wären nachhaltig beschädigt.**

Hinter der aktuellen Krise steht ein institutionelles Problem, das sich auch schon in und seit der letzten Finanzkrise bemerkbar machte. Mit der Einführung des Euro haben wir den nationalen Regierungen in Krisenzeiten gewissermaßen die Hände gebunden und Kompetenzen zur EZB verlagert. Einen Ausgleich, der die unterschiedlichen ökonomischen Strukturen der Länder berücksichtigt, hat es nie wirklich gegeben. Er bestünde in einer gemeinsamen europäischen Fiskalpolitik, die den Wegfall nationaler Reaktionsmöglichkeiten kompensiert. Eine solche Fiskalpolitik würde eine koordinierte Wirtschaftspolitik, Euro-Bonds und direkte Transfermechanismen von den Strukturstarken zu den Schwächeren umfassen. **Denn die Stärke der Starken beruht vor allem darauf, dass es auch den Schwächeren gut geht.** Dennoch haben sich die europäischen Staaten bislang nicht ausreichend fähig oder willig gezeigt, solche Mechanismen einzurichten. Die immensen Schuldenstände einzelner Länder rühren auch daher, dass sie dieses Defizit durch immer größere, fiskalpolitische Programme auszugleichen versuchten. Man hat die Lösung der strukturellen Probleme des Kontinents letztlich der einzigen, wirklich supranationalen und handlungsmächtigen Institution überlassen – der EZB. Sie sieht sich seit Jahren zu umfassenden Interventionen gezwungen und versucht so auszugleichen, was eigentlich **Aufgabe der Fiskalpolitik und nicht der Geldpolitik** wäre. Die Notwendigkeit, dies zu ändern, wird nun mehr denn je deutlich. Corona-Bonds können ein erster Schritt auf diesem Weg sein.

## **II. Solidarität über die Krise hinaus: Chancen für einen gemeinsamen Wiederaufbau**

So gigantisch die kurzfristigen Verwerfungen dieser Krise sind, dürfen sie nicht den Blick darauf verstellen, dass nach dem Überwinden der Seuche erst die eigentlichen Herausforderungen warten: Veraltete öffentliche **Infrastruktur**, minimalistische **Sozialsysteme** in vielen Mitgliedstaaten und privatisierte **Daseinsvorsorge** lassen den gesellschaftlichen Zusammenhalt schon seit Jahrzehnten erodieren. Wachsende **Ungleichheit** untergräbt das marktwirtschaftliche und soziale Fundament unserer Gesellschaften. Und auch die **Klimakrise** wird sich nicht durch ein kurzfristiges Rettungsprogramm lösen lassen.

**Ein Umdenken ist erforderlich: wir brauchen stetig mehr öffentliche Investitionen!**

Es wird immer deutlicher, dass all diese Herausforderungen ein Umdenken in Bezug auf öffentliche Investitionen verlangen. Die Sparpolitik seit der Banken- und Finanzkrise, Mechanismen wie der europäische Fiskalpakt oder die deutsche Schuldenbremse geben im Hinblick auf die nächsten Jahre keine angemessenen Antworten mehr. Es geht um einen Plan, wie in Europa mittelfristig gute Voraussetzungen für eine zukunftsfähige, klimafreundlichere und sozial nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik gelegt werden können. Deutschland kann und muss hier Vorreiter sein. Unter der anstehenden Ratspräsidentschaft und insbesondere bei der Aushandlung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU kann die Bundesregierung die Grundlagen für eine **aktivierende Finanz- und Wachstumspolitik** in Europa legen.

Insofern bietet die aktuelle Krise nicht nur einen notwendigen Anlass für Stabilisierungsmaßnahmen, sondern eine echte **Chance für einen neuen Aufbruch in Europa**. Die Solidarität, die wir gegenwärtig in der Krise leben und erleben, weitet den Blick und macht Mut für die großen Aufgaben, die auf die deutsche und europäische Politik warten. Die Geringschätzung für staatliches und gemeinwohlbasiertes Handeln und das blinde Vertrauen in das freie Spiel der Märkte hat ein Ende. Bestimmte Aufgaben können wir nur gemeinsam, koordiniert, solidarisch meistern.

### **Ein Investition- und Wachstumsprogramm, welches dem Gemeinwohl verpflichtet ist**

Jahrelang versäumte Investitionen dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir brauchen ein echtes europäisches Investitions- und Wachstumsprogramm, als Ausdruck einer wirklich europäischen Wirtschaftspolitik. Dabei darf es nicht nur um die Wiederherstellung des Zustands vor der Corona-Krise, also des „Status quo ante“ gehen. Anstatt einer bloßen „Restauration“ muss es um Transformation gehen. Dies erfordert eine erhebliche **Ausweitung des EU-Haushalts** und die richtige **Schwerpunktsetzung** bei öffentlichen Investitionen. Wir müssen mehr Europa wagen.

Wir setzen uns für eine Schwerpunktsetzung in folgenden Bereichen ein:

- **Klimaschutz und nachhaltige Wirtschaftsmodelle:** Der „Green Deal“ darf kein Corona-Opfer werden! Das Klima wartet nicht auf bessere Konjunktur. Öffentliche Investitionen in Verkehrsinfrastrukturen, eine echte Mobilitätswende und Zukunftstechnologien, wie beispielsweise in der CO<sub>2</sub>-neutralen Energieerzeugung, beim Energietransport und bei der Energieeffizienz, können aber Impulse setzen und Wettbewerbsvorteile für die europäische Wirtschaft darstellen. Darüber hinaus bedarf es einer europaweit einheitlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung, damit Emissionen wirksam eingespart werden und die Klimaziele nicht bloße Fantasien bleiben. Die Europäische Union muss im Klimaschutz als Pionier vorangehen – denn es braucht Vorreiter, denen andere folgen können.
- **Daseinsvorsorge, Gesundheit und Soziales:** Wir müssen aus der Sackgasse herauskommen, in der die Daseinsvorsorge nach marktwirtschaftlichen Kriterien „optimiert“ wurde, und in der Gewinne in den letzten Jahrzehnten stets privatisiert und Verluste und Verwerfungen sozialisiert wurden. Die Daseinsvorsorge gehört in

öffentliche Hand und stellt die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Leben und Wirtschaften dar. Dies beinhaltet auch Anstrengungen für europaweit hohe Bildungsstandards und regen interkulturellen Austausch zwischen unseren Ländern. Wir zählen außerdem bezahlbares Wohnen – die soziale Frage des 21. Jahrhunderts überall in Europa – zu den Herausforderungen, denen sich die europäische Politik stärker widmen sollte.

- **Verträglicher Strukturwandel, Digitalisierung und Forschung:** Notwendiger Strukturwandel (z.B. beim Kohleausstieg) muss sozial gestaltet und abgefedert werden. Das Abhängen ganzer Regionen in Europa untergräbt das gesellschaftliche und politische System und schwächt die Wirtschaft. Regional- und Strukturfonds müssen zukunftsfähig aufgestellt werden, um damit Europa zu einem stärkeren, fortschrittlicheren und nachhaltiger wirtschaftenden Kontinent zu machen. Dasselbe gilt für den digitalen Wandel, in dem Europa mehr und mehr abgehängt zu sein scheint. Es ist die Aufgabe der europäischen Politik, Strategien zu entwickeln, die uns aus der digitalen Abhängigkeit von den USA lösen und zu digitaler Eigenständigkeit verhelfen. Dabei gilt: Auch im digitalen Zeitalter gilt das Primat des Staates über die Wirtschaft. Der Regellosigkeit von Digitalkonzernen (z.B. in Steuerfragen oder bei der Datenkontrolle) und im Netz allgemein schieben wir einen Riegel vor.
- **Integration, sowie internationale humanitäre und Entwicklungszusammenarbeit:** Europas Rolle in der Welt erschöpft sich nicht in der Wirtschafts- und Technologieführerschaft. Europa ist ein Projekt der Humanität und muss auch für schwächere Staaten, beispielsweise in Afrika, wirtschaftliche Perspektiven, Entwicklung und Zusammenarbeit befördern. Auch eine solidarische Migrationspolitik ist fester Bestandteil der europäischen Werte. Insofern sollte auch die Mittelvergabe aus europäischen Fonds zukünftig noch stärker an humanitäre Kriterien, wie Menschenrechtsstandards, Entwicklungszusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit gebunden sein.

### **Investitionen schaffen Mehrwert und sind eine Frage der Generationengerechtigkeit!**

Öffentliche Investitionen können in mehrfacher Hinsicht ein gutes Geschäft für die Allgemeinheit darstellen: sie können nicht nur die strauchelnde Privatwirtschaft stützen, sondern vor allem auch für die dringend erforderliche Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur sorgen. Sie können die erforderlichen Anstöße für eine Umstellung auf klimafreundliche Wirtschaftsweisen geben. Darüber hinaus können sie, wie jede wirtschaftliche Investition, Mehrwert für die nächste Generation generieren (etwa in Form von Energie- und Verkehrsinfrastruktur, digitalen Netzen, sowie Unternehmen oder Immobilien im öffentlichen Eigentum). Heutigen Schulden steht morgen zwar der Schuldendienst (der im Zeitalter von Null- und Negativzinsen keine wirkliche Bürde darstellt) gegenüber. Aber eben auch der wirtschaftliche Mehrwert der Investition. Dagegen bedeuten heute unterlassene Investitionen für die künftige Generation eine Last, die schwerer wird, je länger die notwendige Modernisierung verschleppt wird.

### **Fazit: Es geht ums Ganze**

Die EU kann gestärkt aus der gegenwärtigen Krise hervorgehen, wenn sich ihre Mitgliedstaaten solidarisch verhalten und die aktuellen und kommenden Herausforderungen im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik anpacken. Eine gemeinsame Krisenanleihe („Corona-Bonds“) wäre ein wichtiges Zeichen der Solidarität und darüber hinaus ein Signal für eine verstärkte finanzpolitische Koordination in Europa. Eine Ausweitung des EU-Budgets und ein europäisches Wachstums- und Investitionsprogramm im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens sind jetzt dringend erforderlich.

Die europäische Sozialdemokratie als Anwältin all derer, die von Arbeit leben, kann beweisen, dass gute Wirtschafts- und Finanzpolitik sozialdemokratisch ist. Es gilt, Europa zum Vorreiter in Sachen sozialer Teilhabe, Klimaschutz und moderner Technologie zu machen. Es geht um den Wohlstand der vielen, nicht den Reichtum der wenigen. Es gilt auch, das demokratische, soziale und freiheitliche Friedensprojekt Europas zu bewahren, im Systemwettbewerb mit den USA, China und anderen globalen Akteuren.

Es geht ums Ganze.

Im Namen des Europaforum und Wirtschaftsforum der Köln SPD  
Arno Gildemeister und Florian Schuster

3. April 2020